

Marktwirtschaftliche Elemente versus Verbote?

Mit dem jüngst veröffentlichten Grünbuch Energieeffizienz will das Bundeswirtschaftsministerium eine Diskussion ankurbeln, wie Energie noch effizienter genutzt werden kann. Dies ist auf alle Fälle zu begrüßen. Wie mit dem Klimaschutzplan 2050 aus dem Bundesumweltministerium geht es aber auch darum, einen Blick nach 2050 zu werfen. Immerhin - das Bundeswirtschaftsministerium hält an ein Wirtschaftswachstum bei sinkendem Energieverbrauch fest – dies ist gegenüber den ersten Entwürfen aus dem BMUB zum Klimaschutzplan 2050 sicherlich schon einmal ein guter Ansatz.

Energieeffizienz in allen Sektoren

Mit dem nun vorgelegten Grünbuch soll die Energieeffizienz in allen Sektoren weiter gesteigert werden. Um letztlich auch die ambitionierten Klimaziele zu erreichen, müsse ferner die Nutzung der fossilen Energieträger Öl, Kohle und Gas so weit wie möglich verringert werden. Dazu soll der Energieverbrauch durch Investitionen in Effizienztechnologien gesenkt werden. In fünf Kapiteln hat das BMWI dazu 14 Thesen aufgestellt, die nun im Rahmen eines Konsultationsprozesses diskutiert werden sollen. Die fünf Kapitel konzentrieren sich neben der Vorfahrt für Energieeffizienz auf die Weiterentwicklung des bisherigen Instrumentariums, die Einbindung der Effizienzpolitik in der EU, die Sektorkopplung sowie die Digitalisierung. Dank der zahlreichen Maßnahmen durch den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) wird bis zum Jahr 2020 mit deutlichen Fortschritten bei der Steigerung der Energieeffizienz gerechnet. Mit dem Grünbuch soll aber über diesen Zeitraum hinaus gedacht und überlegt werden, welche Maßnahmen noch ergriffen werden können.

Die entscheidende Frage ist jedoch, wie die Steigerung am Ende erreicht wird. Soll dies durch Maßnahmen wie Information, Beratung sowie finanzielle Förderung und Investitionen geschehen oder wird das Ordnungsrecht favorisiert. Unbestreitbar besteht zum Beispiel im Gebäudebestand ein erhebliches Effizienzpotential. Soll dies aber durch Verbote und Gebote genutzt werden oder will man die Eigentümer durch Anreize für Effizienz motivieren. Soll der Heizungs-austausch verbindlich vorgeschrieben werden oder soll er durch finanzielle Anreize erreicht werden? Sollen die Vorgaben für Ökodesign weiter

verschärft und ausgeweitet werden oder favorisiert man auch hier marktwirtschaftliche Elemente? Soll eine automatische Energiesteuer eingeführt werden, sodass bei sinkendem Benzinpreis die Steuer steigt?

Auswirkungen für BGA-Branchen

All diese Fragen zeigen, dass mit dem Grünbuch eine grundlegende Diskussion eröffnet ist. Für BGA-Mitglieder geht es dabei letztlich auch darum, wie sie sich in Zukunft positionieren. Welche Folgen hat es für bestimmte Großhandelsbranchen, wenn aus Erneuerbaren produzierter Strom auch in anderen Sektoren genutzt werden soll (sog. Sektorkopplung). Inwiefern wird die Digitalisierung den bisherigen Markt verändern? Mit der Digitalisierung werden neue Möglichkeiten für Mehrwertdienste und Effizienzdienstleistungen angeboten. Die Analyse von Nutzerprofilen und Nutzerinformationen werden von immer größere Bedeutung sein. Welche Auswirkungen hat das auf den Verkauf von Produkten, wenn das Wissen über deren Nutzung viel wichtiger ist.

Nach Abschluss der Konsultationsphase wird das BMWI einen Bericht mit den eingegangenen Stellungnahmen vorlegen und ein Weißbuch mit Handlungsempfehlungen und Schlussfolgerungen erstellen.

Aus BGA-Sicht ist die angestoßene Diskussion mit dem Grünbuch zu begrüßen. Das Grünbuch lässt aber durchblicken, dass ordnungsrechtliche Eingriffe nicht ausgeschlossen werden. Dies ist aus BGA-Sicht kritisch zu sehen. Der Ausgang der Konsultation ist aber noch offen. Sicher ist aber, dass der BGA sich an der Konsultation beteiligen wird und sich gegen ordnungsrechtliche Vorgaben aussprechen

wird. Bei aller Euphorie für Energieeffizienz darf der Standort Deutschland nicht außer Acht gelassen werden. Zusätzliche Belastungen aus nationalen Alleingängen führen immer zu Wettbewerbsnachteilen. Außerdem darf darunter nicht das Wirtschaftswachstum leiden. Aber das hat das BMWi ja bereits ausgeschlossen.

[Michael Faber]

BGA AKTUELL

BGA zum BIP: Deutsche Wirtschaft expandiert robust weiter

„Die deutsche Wirtschaft hat in einem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld ein bemerkenswert gutes erstes Halbjahr hingelegt. Während wir für die weitere Konjunkturentwicklung kurzfristig zuversichtlich sind, wachsen beim langfristigen Ausblick allerdings die Sorgenfalten.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin anlässlich der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt des ersten Quartals.

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2016 um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Nennenswerte positive Impulse kamen dabei seit langem wieder vom Außenbeitrag. Wie auch schon in den Vorquartalen stützt der Konsum weiter die wirtschaftliche Aktivität.

„Knackpunkt bleibt die anhaltend schwache Investitionsdynamik, die sich dämpfend auf das langfristige Wachstumspotential auswirkt. Die positive Entwicklung der Investitionen im ersten Quartal war nun einmal eine Eintagsfliege und der milden Witterung geschuldet. Und die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden in den kommenden Monaten auch nicht besser. Hinzu kommt, dass Sonderfaktoren wie die dank des niedrigen Ölpreises gesunkenen Energiekosten und das Niedrigzinsumfeld das Konsumklima anheizen und zugleich die derzeitigen Standortbedingungen überzeichnen. Das Gebot der Stunde lautet daher: Keine neuen Belastungen für die Wirtschaft und strukturelle Defizite konsequent abarbeiten, um rechtzeitig die Weichen für ein langfristiges Wachstum zustellen“, so Börner abschließend.

BGA-Pressemitteilung vom 12. August 2016

GROSSHANDEL

Großhandelspreise im Juli 2016: - 1,4 % gegenüber Juli 2015

Die Verkaufspreise im Großhandel waren im Juli 2016 um 1,4 % niedriger als im Juli 2015. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, hatte die Jahresveränderungsrate im Juni 2016 bei - 1,5 % und im Mai 2016 bei - 2,3 % gelegen. Gegenüber dem Vormonat Juni 2016 verteuerten sich die auf Großhandelsebene verkauften Waren im Juli 2016 um 0,2 %.

Pressemitteilung DESTATIS (Auszug) vom 12. August 2016

BÜROKRATIE

Bundesregierung bringt weitere Bürokratienteilastungen auf den Weg

Das Bundeskabinett hat am 3. August 2016 das von Bundeswirtschaftsminister Gabriel vorgelegte zweite Bürokratienteilastungsgesetz beschlossen. Es soll zu einer Entlastung von rund 360 Millionen Euro beziehungsweise knapp zehn Millionen Arbeitsstunden jährlich führen, so die Einschätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Durch die beiden Bürokratienteilastungsgesetze und die Modernisierung des Vergaberechts sollen die Unternehmen in dieser Legislaturperiode nach Berechnungen der Bundesregierung um mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden. Mit dem zweiten Bürokratienteilastungsgesetz hat die Bundesregierung vor allem kleine Unternehmen im Blick. Für diese sollen wichtige Vereinfachungen zum Beispiel im Steuerrecht geschaffen werden. Auch sollen sie bei der Ermittlung der Sozialversicherungsbeiträge entlastet und das E-Government gestärkt werden. Dies entlastet vor allem kleine Betriebe mit zwei bis drei Mitarbeitern, die typischerweise am meisten unter Bürokratie leiden, so das BMWi weiter. Unter anderem sieht der Gesetzentwurf vor, dass das seit 2006 geltende Verfahren zur Berechnung der monatlich fälligen Sozialversicherungsbeiträge vereinfacht wird. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Es ist Teil des neuen Arbeitsprogramms "Bessere Rechtsetzung 2016" und fasst neben Maßnahmen des Bundeswirtschaftsministeriums auch Maßnahmen anderer Bundesressorts zusammen. Beteiligt waren das Bundesfinanzministerium, das Bundesgesundheitsministe-

rium, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Bundesinnenministerium.

Der BGA teilt die Einschätzung von Bundeswirtschaftsminister Gabriel, dass unnötige Bürokratie Bürger und Unternehmen Zeit, Geld und Nerven kostet und für die Wirtschaft zu einem echten Wettbewerbsnachteil werden kann. Leider greifen die vorgeschlagenen Maßnahmen vielfach zu kurz. Für die Masse der Unternehmen ändert sich nichts und zentrale Vereinfachungen, die - wie die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen - zu einer spürbaren Entlastung und Entbürokratisierung für die Unternehmen führen würden, bleiben unangetastet.

[Michael Alber]

KONJUNKTUR

Wachstum der deutschen Wirtschaft verhaltener

Die Dynamik der deutschen Wirtschaft hat sich etwas verlangsamt, auch wenn das Wachstum in Deutschland weiterhin robust ist. Die außenwirtschaftlichen Risiken haben sich aber erhöht. Dies ist vor allem auf das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich zurückzuführen. Die Industrieproduktion stieg im Juni, entwickelte sich aber im zweiten Quartal insgesamt eher schwach. Aufgrund der milden Witterung war die Bauproduktion im Winter sehr viel höher als üblich. Die Frühjahrsbelebung im Baugewerbe fiel somit deutlich schwächer aus. Dies bremst das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Vierteljahr. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter stabil positiv. Dies ist die zusammenfassende Bewertung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland im August 2016.

Die Weltwirtschaft entwickelt sich weiterhin wenig dynamisch. In den Vereinigten Staaten fiel das Wachstum im zweiten Quartal deutlich niedriger aus als erwartet. Für den Euroraum wurde ein moderates Wachstum von 0,3 Prozent gemeldet. Insgesamt haben sich allerdings die konjunkturellen Abwärtsrisiken erhöht. Für die japanische Wirtschaft zeichnet sich weiter kein nachhaltiger Aufschwung ab. China meldet weiterhin ein hohes, aber sich verlangsames Wachstum. Die Rezession in Brasilien scheint sich allmählich abzuschwächen. Derzeit deuten die aktuellen Frühindikatoren für die globale Wirtschaft auf eine Fortsetzung des moderaten Wachstums hin. Angesichts des weltwirtschaft-

lich schwierigen Umfelds hat sich das Wachstum der deutschen Ausfuhren leicht abgeschwächt. Die Einfuhren an Waren haben sich zuletzt etwas erholt.

Die Produktion hat sich zum Ende des zweiten Quartals etwas belebt. Im Juni wurde 0,8 Prozent mehr produziert als im Vormonat. Zuwächse erzielten die Investitionsgüter (+3,5 Prozent) und die Konsumgüterproduzenten (+1,2 Prozent). Die Auftragseingänge in der Industrie entwickeln sich in der Tendenz derzeit eher seitlich. Angesichts dessen und der Stimmungslage in der Industrie dürfte in den kommenden Monaten eine allenfalls moderate Aufwärtsentwicklung zu erwarten sein. Die gute Auftragssituation im Baugewerbe spricht dagegen für eine Fortsetzung der Baukonjunktur.

Der private Konsum hat nach Einschätzung des BMWi im zweiten Quartal weniger stark zugenommen als in den Vorperioden. Das Umsatzvolumen im Einzelhandel konnten im zweiten Quartal erstmals seit über einem Jahr nicht gesteigert werden und stellte sich in der Tendenz zuletzt eher rückläufig dar. Insgesamt bleibt das Geschäftsklima im Einzelhandel aber nach Einschätzung des BMWi auf hohem Niveau stabil und das Konsumklima unter den Verbrauchern gut. Dazu trägt der unvermindert anhaltende Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei, der zu einem weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit führt. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat und stieg im Juni auf eine neue Rekordmarke von rund 43,7 Millionen Personen. Die Frühindikatoren senden optimistische Signale für den Arbeitsmarkt und deuten auf eine Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus hin, so das BMWi abschließend.

Der BGA geht übereinstimmend mit dem BMWi davon aus, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland robust bleibt und die Unternehmen weiterhin den Herausforderungen trotzen. In der sich aktuell schwächeren Entwicklung sieht der BGA seine zurückhaltende Prognose zum Jahresauftakt bestätigt. Nach der aktuellen Umfrage bei den Unternehmen des Großhandels bleibt auch die Stimmung bei diesen robust, allerdings sehen die die weltweite wirtschaftliche Entwicklung und die Krise in Europa als auch die Sicherung des Fachkräftemangels als gewichtigste Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Vom Brexit erwartet

der weit überwiegende Teil der Unternehmer keine nachhaltigen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen.

- ① Über die Details von Lage und Perspektiven im Großhandel und für die deutsche Wirtschaft wird der BGA in der nächsten Ausgabe von Trends & Analysen Großhandel informieren, die er Anfang September 2016 vorlegen wird.

[Michael Alber]

EUROPA

Wechsel bei der Ratspräsidentschaft

Durch den geplanten EU-Austritt Großbritanniens ("Brexit") hat sich die Reihenfolge der EU-Ratspräsidentschaften verschoben. Wie geplant übernimmt Malta 2017 die Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr. Im zweiten Halbjahr folgt dann Estland und 2018 Bulgarien und Österreich. 2020 wird erstmals Kroatien den Vorsitz über die Ratssitzungen übernehmen. Deutschland übernimmt im zweiten Halbjahr 2020 wieder die Ratspräsidentschaft. Mit der Präsidentschaft werden vor allem gesetzgeberische und politische Entscheidungen vorangetrieben und zwischen den Mitgliedstaaten vermittelt. Mit der Präsidentschaft können aber auch eigene Arbeitsschwerpunkte gesetzt und ihnen besonderen Nachdruck verliehen werden.

Zur Koordinierung und Organisation der Arbeit des EU-Ministerrats übernimmt jeweils für sechs Monate ein Mitgliedstaat die Ratspräsidentschaft. Die Leitung erfolgt im Rahmen einer gleichberechtigten Rotation. Alle EU-Staaten sind abwechselnd jeweils sechs Monate lang für die Tagesordnung der Ministerräte verantwortlich. Gewechselt wird nach einem festgelegten Turnus. Die einzelnen Sitzungen und Gipfel werden von den jeweiligen Regierungsvertretern des Mitgliedstaates geleitet.

Die einzige Ausnahme bildet der Rat für Auswärtige Angelegenheiten, dem der hohe Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik vorsteht.

[Michael Faber]

Zitat der Woche

»Wir sehen die Bank auf völlig richtigem Weg. Die Bank hat die geeigneten Maßnahmen angestoßen, um die Probleme, die wir adressiert haben, zu lösen.«

Raimund Röseler, Exekutive-Direktor bei der Finanzaufsicht BaFin, zur Deutschen Bank

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-529
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 15. August 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich